

AfD Sachsen: vor 333 Jahren haben auch 6000 Sachsen die Islamisierung verhindert!

Dresden, 12. September 2016

Die AfD Sachsen hat darauf verwiesen, dass heute vor 333 Jahren mit dem Sieg in der Schlacht auf dem Kahlenberg die Islamisierung Europas erfolgreich verhindert wurde. „Unter dem Oberkommando des polnischen Königs Jan III. Sobieski wurde mit Hilfe französischer Gelder und auch 6000 sächsischer Soldaten das Abendland gerettet“, erinnert Landesvize Thomas Hartung. „Als 200.000 Türken vor Wien standen, gelang es den kaiserlichen, polnischen, sächsischen und süddeutschen Truppen, die dreifache Übermacht der Türken vernichtend zu schlagen. Entscheidenden Anteil am Sieg und an der Rettung Wiens haben die Husaren, die verwegenen kämpfenden polnischen Reiterverbände. Damit wurden nach 1529 zum zweiten Mal und endgültig die Türken aus Europa zurückgedrängt.“

Hartung mahnt zugleich, dass heute der türkische Präsident Erdogan und viele seiner Anhänger den damaligen Sultan Süleymān I. („Süleyman der Prächtige“) als ihr großes Vorbild ansehen. „Überall in Südosteuropa restauriert die Türkei mit viel Geld Kulturdenkmäler aus der Osmanenzeit. Eine selbstbewusste Türkei will heute eine ähnlich starke Rolle spielen in Europa wie damals die Osmanen. Dazu passt, dass zehntausende Nachfahren der osmanischen Belagerer am 31. Juli 2016 auf der Pro-Erdogan-Kundgebung in Köln zeigten, dass sie trotz eines deutschen Passes in der Tasche ihre Loyalität nicht unserem demokratischen Staat, sondern dem Halbmond schenken.“

Für Rückfragen:

Dr. Thomas Hartung

0178/5443426

thomas.hartung@afdsachsen.de

Der AfD-Landesverband Sachsen wurde am 28.04. 2013 gegründet und hat derzeit über 1300 Mitglieder. Landesvorsitzende ist die Leipziger Unternehmerin Dr. Frauke Petry (41). Die AfD fordert eine Neuordnung des Asyl- und Migrationsrechts mit sofortigem Stopp der unkontrollierten Einwanderung. Sie verlangt die geordnete Auflösung des Euro-Währungsgebiets mit einer Wiedereinführung nationaler Währungen bzw. kleinerer, stabilerer Währungsverbände, mehr direkte Demokratie, einheitliche Bildungsstandards sowie ein bezahlbares Energiekonzept. Außerdem tritt sie für neue Konzepte in der aktiven und passiven Steuerpolitik sowie der Altersvorsorge ein.